

# Fakten und Argumente zum Thema Wasserqualität und Düngung

### **UBA-Studie zu Kosten der Trinkwasserbereitstellung**

- Die UBA-Studie ist eine theoretische Kalkulation unter worst case Bedingungen, die ausschließlich das Ziel verfolgt, die Kosten für die Trinkwasseraufbereitung in die Höhe zu treiben und der Landwirtschaft anzulasten. UBA betreibt Panikmache und eine ungerechtfertigte Verunsicherung der Verbraucher.
- UBA Studie ignoriert neues Düngerecht. Es handelt sich nur um eine Spekulation über eine mögliche Entwicklung der Trinkwasserpreise unter Ausblendung der neuen düngerechtlichen Vorschriften. Unberücksichtigt bleibt, dass Anfang Juni 2017 mit der Novelle der Düngeverordnung und des Düngegesetzes, der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und der Stoffstrombilanz-Verordnung eine komplette Neugestaltung sämtlicher Vorgaben für die Düngung sowie die Lagerung und Ausbringung von Düngern in Kraft getreten ist und jetzt umgesetzt wird.
- UBA ignoriert wesentliche Einflussfaktoren. Das vom UBA verwendete Modell ist grundsätzlich fehlerhaft. Die Studie selbst gibt zu, dass der Abbau von Nitrat während der Versickerung (Denitrifikation) nicht berücksichtigt wird. Damit wird ein erheblicher Abbau von Nitrat vernachlässigt und führt damit zu Berechnungen mit zu hohen Nitratkonzentrationen.
  - Zusätzlich bezieht sich die Studie nicht auf das Nitrat im Rohwasser der Wassergewinnung. Die Studie bezieht sich auf Nitratgehalt bei Austritt aus der durchwurzelten Bodenzone, also bei Getreide etwa in einer Tiefe von maximal 100-150 cm. Die Trinkwassergewinnung erfolgt in der Regel nicht aus solch niedriger Tiefe. Die Nitrat-Zielgröße für das Sickerwasser führt dazu, dass Kosten in Bezug auf das Grundwasser errechnet werden, die nicht entstehen. Eine Abnahme der Nitratkonzentration hin zum Grundwasser wird in der Berechnung komplett vernachlässigt.

- UBA ignoriert gesetzliche Grenzwerte als Basis. Die in der Studie herangezogene Referenz zur Kostenberechnung ist ein Zielwert für die Reduzierung des Nitratgehaltes von 25 mg Nitrat / I und nicht der gesetzlich festgelegte Trinkwassergrenzwert von 50 mg Nitrat / I der bereits eine Halbierung des Sicherheitswertes der Weltgesundheitsorganisation für die Zubereitung von Säuglingsnahrung in Höhe von 100 mg Nitrat / I darstellt. Hiermit werden die Kosten künstlich in die Höhe getrieben. Mit der Wahl dieses Wertes wird zudem der Eindruck erweckt, dass der Trinkwassergrenzwert nicht sicher sei und die Bevölkerung wird zusätzlich zu den falschen Grundannahmen verantwortungslos verunsichert.
- UBA treibt Kosten in die Höhe. Zu überhöhten theoretischen Wasseraufbereitungskosten führt auch, dass in der Studie nur auf technische Trinkwasseraufbereitung
  abgezielt wird. Dabei weist die Studie selbst darauf hin, dass "statt der technischen
  Trinkwasseraufbereitung auch andere reaktive Maßnahmen zum Einsatz kommen
  könnten, die mitunter geringere Kosten verursachen würde(n)". Hiermit setzt sich das
  UBA dem Vorwurf aus, nicht die realistischen, sondern möglichst hohe Kosten
  berechnen zu wollen.
- UBA Studie ist für Deutschland nicht repräsentativ. Als Datengrundlage wurden nur Wasserversorger in Westfalen und Niedersachsen und damit Regionen, die als intensive landwirtschaftliche Regionen nicht repräsentativ für Deutschland sind, herangezogen. Diese Regionen sind ungeeignet für die Erhebung von Primärdaten, da ein darauf basierendes Szenario für Gesamtdeutschland zwangsläufig zu einer Überschätzung der Kosten führen muss.

# Forderung des BDEW zur Verschärfung des Düngerechts

- Wasserwirtschaft ignoriert die vor wenigen Tagen in Kraft getretene grundlegende Überarbeitung des Düngerechts im Sinne des Gewässerschutzes.
- Wasserwirtschaft sollte aus eigenem Interesse keine Verunsicherung der Verbraucher über die Qualität des Grundwassers betreiben und keine ungerechtfertigten Ängste schüren.
- BDEW wäre besser beraten, lösungsorientiert gemeinsam mit der Landwirtschaft die Neufassung des Düngerechts umzusetzen.
- Unberücksichtigt bleibt, dass zumindest vor Ort die Kooperationen zwischen Wasserwerken und den Landwirten erfolgreich funktionierten, auch wenn der Bundesverband den Weg der Kooperation mit der Landwirtschaft gefährdet.

### Düngerecht und Klage der EU-Kommission

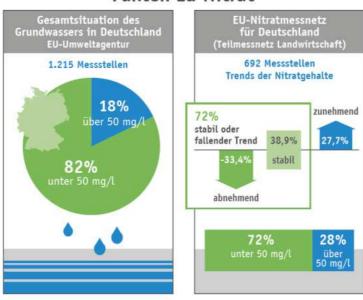
- Seit dem 2. Juni ist eine grundlegende Neugestaltung des Düngerechts in Kraft. Die Novelle ist die wohl weitreichendste Überarbeitung der düngerechtlichen Vorschriften der letzten 20 Jahre.
- Die Umsetzung des neuen Düngerechts wird einen weitreichenden strukturellen Anpassungsprozess in der Landwirtschaft auslösen und vielen Betrieben enorme Veränderungen abfordern.
- Umsetzung der Düngeverordnung muss durch intensive Beratung, praxistaugliche Handhabung sowie durch begleitende Förderung etwa für emissionsmindernde Ausbringungstechnik flankiert werden.
- Maßstab der Düngung muss auch in Zukunft der Nährstoffbedarf der Kulturen und die gute fachliche Praxis bleiben.
- Klage gegen Deutschland vor dem EuGH basiert auf der alten überholten Düngeverordnung. Klage des EUGH wurde mit dem neuen Düngerecht die Grundlage entzogen, weil Deutschland die Kritikpunkte der EU umgesetzt hat.
- Neues Düngerecht ist ein überparteilicher Kompromiss und von Bund und Ländern getragen. Auch die SPD –Fraktion im Bundestag, das Bundesumweltministerium und die grünen Bundesländer haben die Verordnung maßgeblich gestaltet und verabschiedet.
- Bundesminister Schmidt hat als federführendes Ressort Kompromisse mit allen
   Parteien in Bund und Ländern geschlossen und hat damit eine Einigung erst möglich gemacht.

# Nitratbericht 2016 der Bundesregierung – Daten zur Gewässerqualität in Deutschland

- FAQ des BMUB zum Nitratbericht 2016: Beeinträchtigen die Nitratwerte des Grundwassers die Trinkwasserqualität?
  Antwort BMUB: Nein. Sauberes Trinkwasser ist eines unserer höchsten Schutzgüter.
  Für Trinkwasser gelten daher strenge Nitratgrenzwerte. Das Trinkwasser in Deutschland kann man ohne Bedenken trinken insbesondere aus größeren Wasserversorgungen ist es flächendeckend sogar von exzellenter Qualität. Damit das so bleibt, muss das Grundwasser noch besser geschützt werden.
- Nach dem Nitratbericht 2016 der Bundesregierung erfüllen 82 % der repräsentativen Messstellen in Deutschland den strengen Trinkwassergrenzwert der EU in Höhe von 50 mg Nitrat/Liter.

- Es gibt keinen generellen Trend zur Verschlechterung der Wasserqualität. Bei 72 % der Messstellen sind die Nitratwerte stabil oder fallend. Lediglich bei rund 28% der Messstellen ist ein ansteigender Trend festzustellen.
- Beispiel Niedersachsen: Die mittlere Nitratkonzentration im Grundwasser lag im Jahr 2012 in den Trinkwassergewinnungsgebieten des Niedersächsischen Kooperationsmodells bei 40,4 mg/l. Im Gegensatz dazu betrug der fördermengengewichtete Nitratgehalt im Rohwasser in 2012 landesweit nur rund 5 mg/l. Dieser Wert liegt weit unterhalb des Grenzwertes von 50 mg/l der Trinkwasserverordnung (2001).

#### Fakten zu Nitrat



Quelle: Nitratbericht der Bundesregierung 2016

Deutscher Bauernverband 2017

# Stickstoff ist lebensnotwendig

- Stickstoff als Düngemittel leistet einen essenziellen Beitrag zur Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung.
- Das Umweltbundesamt UBA schätzt, dass heute fast die Hälfte der Weltbevölkerung ihre Ernährungsgrundlage dem Einsatz von mineralischem Stickstoffdünger verdanken.
- Etwa 30 bis 50 Prozent der landwirtschaftlichen Erträge sind auf die Nutzung mineralischer Dünger zurückzuführen.
- Eine Dämonisierung der Stickstoffdüngung ist nicht gerechtfertigt.

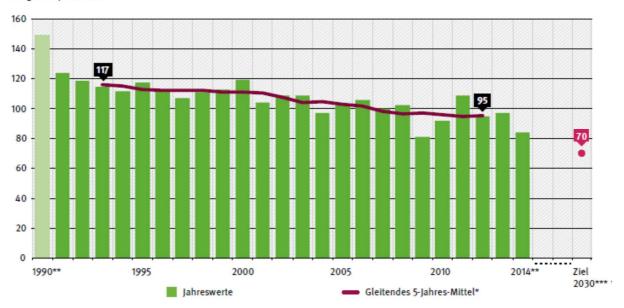
# Stickstoff aus Wirtschaftsdünger/Gülle und Mist – auch im Ökolandbau unersetzlich

- Je mehr Stickstoff zur Deckung des Bedarfs der landwirtschaftlichen Kulturen über wirtschaftseigene Dünger, wie Gülle oder Mist, gedeckt werden können, umso weniger sind die Betriebe auf den Zukauf von Mineraldünger angewiesen.
- Tierhaltung und die Verwendung von Wirtschaftsdüngern sind Kernelemente von im Kreislauf geführten Nährstoffen im Sinne der Nachhaltigkeit. Da im Ökolandbau keine mineralischen Düngemittel verwendet werden dürfen, ist ein ökologischer Landbau ohne Gülle und Mist nicht möglich.
- Für Ackerbaubetriebe ohne eigene Tierhaltung ist die Abnahme von Wirtschaftsdüngern von tierhaltenden Betrieben eine sinnvolle Möglichkeit, den Einsatz von Mineraldünger zu reduzieren.

### Landwirtschaftliche Düngung immer effizienter

- Der Stickstoffbericht der Bundesregierung zeigt, dass die Landwirtschaft von 1995 bis zum Zeitraum 2005-2010 die Gesamtemissionen an Stickstoff bereits um mehr als ein Viertel reduziert hat, während im gleichen Zeitraum beispielsweise die Weizenproduktion um ein Drittel zugenommen hat.
- Nach Daten des Julius Kühn Instituts und der Universität Gießen wurde in der Gesamtbilanz der Landwirtschaft in Deutschland (sozusagen die Hoftorbilanz für Deutschland) das Saldo in absoluten Zahlen von 2.659 kt N in 1990 auf 1.395 kt im Jahr 2014 reduziert und damit eine Reduktion um 48% erreicht.
- Auf die Fläche bezogen bestätigt auch die Grafik im Indikatorenbericht des UBA Daten zur Umwelt 2017, dass seit 1990 der Stickstoffüberschuss in der Gesamtbilanz um rund 44 % von 149 kg N/ha auf 83 kg N/ha in 2014 zurückgegangen ist, im Fünfjahresmittel beträgt der Rückgang 19 %.

#### Kilogramm pro Hektar



<sup>\*</sup> jährlicher Überschuss bezogen auf das mittlere Jahr des 5-Jahres-Zeitraums

Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) 2016, Nährstoffbilanz insgesamt von 1990 bis 2014 (MBT-0111260-0000)

## Gülleimporte nach Deutschland

- Überbetriebliche Kreislaufwirtschaft von Gülle und Mist hilft, Mineraldünger zu ersetzen.
- Neue Düngeverordnung wird Gülleimporte aus den Niederlanden stoppen.
- Zukünftig werden heimische Wirtschaftsdünger stärker in überbetrieblichen Kreisläufen geführt. Gülleimporte werden dann nicht mehr benötigt.
- Bundesländer sollten überbetriebliche Verwertung von Wirtschaftsdüngern nicht ausbremsen.
- Auch im Ökolandbau sind Betriebe auf die Zufuhr von Gülle und Mist aus anderen Betrieben angewiesen.

<sup>\*\* 1990:</sup> Daten zum Teil unsicher, nur eingeschränkt vergleichbar mit Folgejahren, 2014 vorläufige Daten

<sup>\*\*\*</sup> Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung; bezogen auf das 5-Jahres-Mittel, d.h. auf den Zeitraum 2028 bis 2032